Pfade aus der Unvernunft

Differenzierte Entwicklungsmöglichkeiten deutscher Universitäten

Dietrich Korsch

Der Pulverdampf der Reformrhetorik verzieht sich langsam. Es ist Zeit für eine Bestandsaufnahme. Die Stereotypen, die nun als Leitworte gelten sollen, lassen freilich wenig Zukunftsweisendes erkennen. Die neuen Zauberworte sind bekannt – man könnte sie allesamt in Anführungszeichen setzen: Leistungsorientierung und Autonomisierung der Hochschulen, outputorientierte Produktsteuerung und Bologna-Prozeß, Elite-Universitäten und Steigerung der Studierenden- (und: Absolventen!-) Zahlen. Diese Maximen sind, so oft sie auch gebetsmühlenartig wiederholt werden, bestenfalls unklar und unpraktisch, eher selbstwidersprüchlich und schädlich, auf alle Fälle lähmend statt motivierend. Sie zeigen den vermutlich aussichtslosen Versuch, eine komplexe Situation mit wenigen, kategorial untauglichen Instrumenten vereinfachen zu wollen. Die komplexe Situation hat sich aus der Geschichte der deutschen Universitäten ergeben – aus der Konfrontation ihrer klassischen Idee mit neuen, teils systemimmanenten, teils äußeren Anforderungen. Die Instrumente sind im wesentlichen dem betriebswirtschaftlichen Arsenal entnommen, das zur rückblickenden Analyse von Märkten (begrenzt) erklärungskräftig ist, aber für Steuerungen von Wissenschaft ungeeignet. Was als Vereinfachung gemeint war, droht den Kollaps der Universitäten herbeizuführen, jedenfalls langfristige Schäden anzurichten. Statt dessen gilt es unbequemen Einsichten nicht aus dem Weg zu gehen – unbequem für alle Seiten: für selbstzufriedenes Universitätspersonal, für unselbständige Studierende, für regelungssüchtige Bürokratien.

Die Gründung der Berliner Universität im Jahre 1810 markiert den Ausgangspunkt aller Debatten um die Aufgabe und Gestalt deutscher Universitäten. Wilhelm von Humboldts Denkschrift, von Friedrich Schleiermacher nicht unmaßgeblich inspiriert, hatte zwei Merkmale festgeschrieben, durch deren Zusammenwirken sowohl die Unabhängigkeit der Universität von der Gesellschaft als auch ihre Dienlichkeit für die Gesellschaft gewährleistet sein sollten: die Einheit von Forschung und Lehre sowie das Zugleich von staatlicher Alimentierung und wissenschaftlicher Freiheit. Die Einheit von Forschung und Lehre sollte dafür sorgen, daß es allein der ungebundene Fortschritt wissenschaftlicher Neugier und ihrer bewährten Resultate ist, der die Ausbildung steuert; ohne Forschung als Maß des Neuen keine fortschrittliche Ausbildung. Eine Lehre, die sich auf sekundäre Quellen stützt statt mit eigenen Augen zu sehen, bleibt unkritisch und unproduktiv. Dieser freie Zusammenhang von Forschung und Lehre setzt nun aber auch voraus, daß die Forschung selbst von äußeren, vor allem finanziellen Interessen frei bleibt. Denn in dem Maße, wie wirt-

schaftliche Interessen die Forschung steuern, wird die auf wissenschaftliche Intuition und Neugier beruhende Forschung geradezu behindert. Die staatliche Alimentierung ist darum gedacht als Gewähr dieser Unabhängigkeit – und diese ist durchaus interpretierbar als Optimum gesellschaftlichen Fortschritts.

Nun kann man nicht übersehen, daß sich diese überaus plausible liberale Konstruktion im Lauf der Geschichte keineswegs beständig hat bewähren können – aus verschiedenen Gründen. Die den Organisationsprinzipien eingeschriebene Unabhängigkeit der Wissenschaft kann es nicht ausschließen, daß die Universitätsangehörigen, Professoren wie Studenten, die Universität ihren weltanschaulichen und politischen Optionen unterordnen wollen. Das ist die innere Bedrohung des Modells, die sich im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus gezeigt hat. Damit einher geht seine äußere Infragestellung, und hier ist die Eingriffsmöglichkeit noch direkter; sie findet da statt, wo der Staat als Finanzier gesellschaftliche Nützlichkeit und ideologische Paßförmigkeit verlangt. Wo beides ineinanderspielt, ist der Schaden am größten: Die revolutionäre Widersetzlichkeit der 68er mündete in studentischen Dogmatismus einerseits, in bürokratisches Reglement andererseits. Die gegenwärtige Ökonomisierung verschiebt die Eingriffe aus der politischen in die wirtschaftliche Sphäre, ohne auf bürokratische Interventionen des Staates zu verzichten. Diese Beispiele zeigen, wie anfällig das klassische Berliner Modell war und ist; es hat sich andernorts besser behaupten können, etwa dort in den USA, wo aufgrund privater Stiftungen der Zugriff des Staates auf die Universitäten gebremst war.

Aber dieses Konzept ist nicht nur wegen seiner Liberalität der Rahmenbedingungen gefährdet; es sind inzwischen äußere Anforderungen an das System Universität hinzugekommen, die seine Leistungsfähigkeit begrenzen. Vor allem ist es die Zahl der Studierenden, die das auf engen persönlichen Kontakt berechnete Modell scheitern lassen. Daß Universitäten Orte der Ausbildung sind, der Qualifikation für – immer differenziertere und zugleich immer generellere – Berufstätigkeiten, ist ein unhintergehbares Datum der neueren Universitätsgeschichte. Damit droht die Forschung hinter der Lehre zurückzutreten; die Ausdifferenzierung von reinen Forschungsstätten ist seit der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft so offenkundig wie die Lehr-Überlastung der Universitätsprofessoren. Damit scheitert aber die Idee der Einheit von Forschung und Lehre – sie läßt sich nur noch für Fächer mit geringen Studierendenzahlen aufrechterhalten. Aber auch die Unabhängigkeit der Forschung selbst wird bedroht – in dem Maße nämlich, wie die staatliche Unterfinanzierung der Hochschulen von vornherein mit dem Einwerben von Mitteln Dritter rechnet – und darauf setzt, daß diese Mittel immer mehr aus Industrie und Verbänden stammen.

In der jüngeren Vergangenheit hat sich die Universitätspolitik diese Sachverhalte hinter der Programmatik der Einheit von Forschung und Lehre verborgen und damit eine Selbstlähmung heraufgeführt, die in der Tat zu Korrekturen dringenden Anlaß gibt. Die Erscheinungsformen sind allen bekannt, die an Universitäten zu tun haben. Das professorale Standesdenken ist ein erheblicher Auslöser der Gruppenuniversität gewesen – das untaugliche Modell, Wissenschaft demokratisch zu organisieren, das aufgrund von Gruppenegoismen und Scheinkompromissen für dauernde Selbstblockaden und fortwährende Nivellierungen ausschlaggebend war. Die Errichtung von

präsidialen Durchgriffsstrukturen hat zwar die Operationalität gesteigert, aber nicht die Rationalität erhöht. Unflexible Verwaltungsbürokratien und Rechnungslegungsmodelle, Antragsverfahren und Bewilligungsnotwendigkeiten in den Universitäten selbst haben Initiativen zur Forschung gebremst. Festgelegte, an traditionellen Berufsrollen orientierte Studiengänge haben zu einem Studienverhalten beigetragen, bei dem der Grenznutzen in Form von Lebenserfahrung und Stellenakquisition den Wert des Studienfaches zu überwiegen droht. Dies alles zusammengenommen, ist die Reform der deutschen Universitäten in der Tat dringend nötig. Ob sie durch die genannte Reformrhetorik sinnvoll gestaltet werden kann, ist indes fraglich.

Zunächst gilt es sich klarzumachen, daß den aktuellen Zielvorgaben zwei politische Maximen zugrundeliegen, die vermutlich auf breiten Konsens stoßen, die aber nur schwer miteinander vermittelbar sind, weil sie den entscheidenden Widerspruch für das Scheitern des klassischen Modells nur perpetuieren statt ihn aufzulösen. Die eine Vorgabe lautet „Steigerung der Studierendenzahlen". Damit ist das Wissen darum aufgenommen, daß die gegenwärtige gesellschaftliche Arbeitsteilung in erheblichem Maße eine hohe Qualifikation und eine hohe intellektuelle Mobilität von Berufstätigen verlangt. Die andere Vorgabe heißt „Steigerung wirtschaftlich erfolgreich nutzbarer Forschung". Dahinter steht die Annahme, daß der gesellschaftliche Fortschritt im wesentlichen auf wissenschaftlichen Innovationen beruht.

Der entscheidende, aber in sich selbst antinomische Impuls zur Veränderung der Universitäten besteht nun darin, beiden Anforderungen in einem für alle Universitäten gemeinsamen Rahmen gerecht werden zu wollen. Den einen Eckpunkt bildet die Forderung, die im „Bologna-Prozeß" verabredeten „gestuften Studiengänge" Bachelor / Master zügig durchzusetzen. Damit soll keinesfalls nur der politischen Pflicht genüge getan werden; es geht vielmehr darum, universitäre Ausbildungsgänge individueller, berufsspezifischer und kürzer zu gestalten. Damit sollen sowohl gesellschaftliche Kosten gesenkt als auch Absolventenzahlen erhöht werden: ein klares Effizienz-Steigerungsprogramm. Der andere Eckpunkt verbirgt sich hinter der vielberufenen Exzellenz der Forschung. Zu deren Förderung sollen nicht nur einige Universitäten generell in Elite-Universitäten umgeflaggt werden, dazu soll auch eine „leistungsbezogene" Professorenbesoldung dienen, die im Wettbewerb der Universitäten die besten zu finden helfen soll. Auch hier ist die geheime Maxime leicht zu entschlüsseln: Gesucht werden Forschungsergebnisse, die besonders schnell und ertragsstark wirtschaftlich zu verwerten sind. Was die beiden politischen Grundüberzeugungen eint, ist die Forderung der gesellschaftlichen Nützlichkeit der Universitäten – sofern diese wesentlich wirtschaftlich bestimmt wird, resultieren die einzusetzenden Mechanismen der bestimmte Marktgesetze imitierenden Rationalisierung konsequent aus ihnen.

Nun zeigt sich freilich alsbald, daß die Versuche, diese politischen Vorgaben in instrumentelles Handeln umzusetzen, teils in sich widersprüchlich, teils zielverfehlend sind. Das Wettbewerbsmodell ist ganz offensichtlich dem Markt nachempfunden. Es gibt aber keinen „Markt", auf dem Universitäten „Güter" feilbieten und „Kunden" zu gewinnen suchen. Es gibt ihn (von kategorialen Gründen der gerade nicht marktförmigen Wahrheitssuche noch ganz abgesehen) schon darum nicht, weil die Universitäten nach wie vor staatsfinanzierte, haushaltsabhängige Institutionen sind. Sie sind nicht in der Lage, marktförmig zu agieren, weder in Form von

Kreditaufnahme und Investition noch in Form von rezipientenunabhängiger Produkterzeugung. Der geforderten Flexibilität steht eine teils staatlich verordnete, teils tarifvertraglich festgemauerte Stellenstruktur gegenüber. Darum sind auch die Mechanismen untauglich, die die Marktförmigkeit den Universitäten implementieren sollen: Globalbudgets, Leistungsbesoldung, Studiengangsakkreditierung. Bereits die Bemessung des – zur Erinnerung: haushaltsabhängigen, also durch „Markterfolg" gar nicht steigerbaren – Globalbudgets enthält in sich eine Vielzahl von verborgenen Steuerungsmechanismen, die am Ende höchstens noch die Ersteller des Berechnungsplans kennen. Das Globalbudget bezieht sich sodann auf eine ja weitestgehend unabhängig davon zustande gekommene Stellenstruktur, bei der die öffentlich-rechtlichen Angestelltentarife mindestens so entwicklungshemmend sind wie das Beamtenrecht für die Professoren. Dagegen ist mit der W-Besoldung für Professoren gar nichts auszurichten; erstens sind die Zulagenmargen viel zu gering, um in einem so extrem von intrinsischer Motivation abhängigen Beruf wie dem des Professors leistungsmotivierend zu wirken – und im Verhältnis zur Industrie sowieso nicht konkurrenzfähig; sodann wird die Gehaltssteigerung der einen in einem genauen proportionalen Verhältnis zur Gehaltsminderung der anderen stehen, weil die Budgetgrenze feststeht; schließlich gibt es bis heute kein auch nur einigermaßen objektivierbares Kriterium zur „Leistungsmessung" – und kann es aus kategorialen Gründen auch nicht geben, obwohl dieses Zulagen-Zumessungsverfahren eine ganz eigene neue Bürokratie hervorbringen wird, die von allem anderen abgesehen schon deshalb leistungsvermindernd wirken wird, weil die Zeit für die Berichtspflicht bzw. die Berichtsbegutachtung der Forschung abgeht. Außerdem behalten sich die Ministerien die Besetzungshoheit vor – beamtenrechtlich einwandfrei, aber eben nicht marktwirtschaftlich. Daß die neuen BA / MA – Studiengänge nun nicht mehr ministeriell genehmigt werden müssen, ist insofern kein Fortschritt, weil an deren Stelle Akkreditierungsagenturen treten werden – Institutionen akademischer Arbeitsplatzbeschaffung und nahezu konkurrenzfreier Einkommensmöglichkeiten (klug, wer schon vor Jahren eine solche Agentur gründete!); Institutionen, die ihrerseits wieder akkreditiert und evaluiert werden müssen: Bürokratie im Quadrat statt marktförmiger Wettbewerb.

Diese nachgeahmte, scheinbare Marktförmigkeit ist nicht nur irrational, weil in sich kontradiktorisch, der durch sie erzeugte Schaden ist groß. Er besteht in einer am Nutzen der Gesellschaft vorbeigehenden Gängelung der Wissenschaft. Denn durch die partikularen Steuerungselemente, die in ein grundsätzlich staatlich verfaßtes System implementiert werden, werden nach Marktgesetzen unübliche Anreize der Vereinseitigung gesetzt. Innerhalb der durch herkömmliche Fächerprofile und vorgegebene Wissenschaftlerausstattung gekennzeichneten Universität wird ein interner Konkurrenzkampf um die knappen Mittel erzeugt, der sich gerade nicht am externen und realen Markt, sondern an einer bloß relativen internen Konkurrenz orientiert. Das bedeutet, daß tendenziell an allen Universitäten diejenigen Fächer gestärkt werden, die sich entweder durch derzeitig hohe Nachfrage von Seiten der Studierenden oder durch die Versprechungen wirtschaftlicher Verwertbarkeit auszeichnen. (In Hessen wird, besonders absurd, die Schlagseite dadurch noch verstärkt, daß die Globalbudgets zu 80 % nach Studierendenzahlen in der Regelstudienzeit bemessen werden.) Damit wird die Nachfrage- und Rentabilitätsorientierung zum Maßstab der

Universitätsentwicklung. Wie wenig dieses Urteilskriterium taugt, läßt sich am Schicksal der privaten Universitäten in Deutschland ablesen. Es gibt sie allenfalls als Einrichtungen mit einem ausgesprochen schmalen Fächerspektrum, das sich extrem marktförmig gibt, aber selbst darin oft nicht erfolgreich ist. Zur zuverlässigen Tradition von Wissensbeständen und zur nötigen interdisziplinären Breite sind sie weder willens noch in der Lage – von den Schwierigkeiten, in Deutschland die erforderlichen Investitionskosten für High-Tech-Forschung aufzubringen, ganz zu schweigen.

Wenn man sich aber nun klarmacht, daß sowohl die studentischen Interessenverläufe als auch die wirtschaftlichen Investitionszyklen wesentlich kurzfristiger sind als die Zyklen, in denen wissenschaftliches Wissen gespeichert, durchgearbeitet, vorgehalten werden kann, ergibt sich eine gefährliche Schieflage. Das akademische Generationenverhältnis muß man in Umläufen von zehn bis zwanzig Jahre veranschlagen; leicht läßt sich zurückrechnen, wie vor zehn oder zwanzig Jahren die studentischen Interessen und die wirtschaftlichen Schwerpunkte aussahen und welche Verläufe sie seither genommen haben. Man könnte auch eine Einsicht des Evolutionsmodells hinzuziehen: Zukünftige, nicht vorhersehbare Situationen bewältigt diejenige Population am besten, die die meisten stabilen Entwicklungsmodelle vorhält. Denn auf welche Wissensressourcen wir zukünftig werden zurückgreifen müssen, welche Hintergründe uns helfen werden, neue Forschungsrichtungen zu etablieren, wissen wir heute noch nicht.

Die Umsetzungen der politischen Steuerungsvorgaben sind nicht nur auf der Ebene der Eingriffe ins Universitätssystem in sich kontradiktorisch; die Grundimpulse sind es miteinander. Die Fortsetzung des gegenwärtig eingeschlagenen Weges führt geradewegs in ein System der Unvernunft. Es scheint, daß die Wissenschaftspolitik dies zu realisieren beginnt, aber (noch) nicht bereit ist, die Konsequenzen zu ziehen. Der elementare Widerspruch bleibt der, der schon das klassische System an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit brachte: der zwischen Intensität der Forschung und Breite der Lehre. Exzellenz der Forschung und Exzellenz der Lehre lassen sich im gegenwärtigen System unserer Universitäten nicht gemeinsam und alle Fächer abdeckend realisieren. Exzellenz der Forschung kann nicht nur in Verwertbarkeit bestehen, sondern muß auch vorläufige (und ohne Heilungsversprechen geschehende) Grundlagenforschung ermöglichen. Macht man sich diese Anforderungen klar, dann bleibt nur der Weg in eine differenzierte Entwicklung der Universitäten – jenseits des staatlichen Einheits-Modells.

Diese Entwicklung müßte unterschiedliche Typen von Universitäten zulassen und differenzierte interne Strukturen von Universitäten fördern[1]. Was sich hinter dem Schlagwort der „Elite-Universitäten" verbirgt, ist nichts anderes als die Zusage, für einige wenige Universitäten zum Humboldtschen Modell zurückzukehren: einer sehr guten Grundfinanzierung für ein weites Fächerspektrum über Trendfächer hinaus, einem sehr hohen Anteil von Wissenschaftlern pro Studierende, einer großen Unabhängigkeit von staatlich-ministerieller Lenkung, einem zugelassenen Wettbewerb um die besten Studierenden, die dafür zweifellos bereit sein werden, Studien-

[1] Wichtige Gesichtspunkte dafür verdanke ich Gesprächen mit meiner Marburger Kollegin Prof. Dr. Katharina Krause.

gebühren in erklecklichem Maße zu zahlen. Das ist das alte, klassische Profil in neuem Gewand – freilich als ein Modell neben anderen. Es liegt auf der Hand, daß dieser Typus nur in begrenzter Zahl wird vertreten sein können.
Die Hauptlast der Ausbildung werden „Regionaluniversitäten" tragen müssen: also solche Einrichtungen, die eine solide Grundbildung vermitteln, die ein einigermaßen breites Fachangebot vorhalten und dieses vernetzt anbieten, die aber ihre Besten an die Elite-Universitäten weiterempfehlen müssen. Hier gibt es durchaus noch einen Kontakt zwischen Forschung und Lehre, aber eher im Sinne eines Einblicks in Forschungslogiken als in realer Teilhabe am Forschungsprozeß. Es liegt auf der Hand, daß sich die Bundesländer dieser Einrichtungen aus Gründen der Regionalförderung besonders annehmen werden. In diesen Fällen kann, ordentliche Finanzierung vorausgesetzt, auf Studiengebühren verzichtet werden.
Zweifellos wird der Anteil der Fachhochschulen wachsen müssen, also derjenigen Institutionen, die forschungsnah ausbilden, ohne selbst Forschung zu betreiben. Hier dürfte die Verzahnung mit den Ausbildungsansprüchen der Wirtschaft auch besonders intensiv sein; darum könnte sie sich auch stärker an ihnen beteiligen.
Allerdings läßt sich mit dieser typologischen Differenzierung nicht allein durchkommen. Es gilt vielmehr, auch innerhalb einer Universität noch einmal zu unterscheiden – nämlich zwischen den derzeit stark nachgefragten Fächern mit hohen Studierendenzahlen (Jura, BWL, Politologie, Psychologie) und den aus aktuellen Wirtschaftsinteressen hoch geförderten Fächern (als aktuelles Beispiel: Lebenswissenschaften) einerseits – und der (vornehmlich naturwissenschaftlichen) Grundlagenforschung sowie den (reflexiv ausgebildeten) Geisteswissenschaften andererseits. Im ersten Bereich muß die Zahl der Studierenden auch in der Finanzierung berücksichtigt werden; hier ist eine Forschungsförderung durch Dritte schon darum geboten, weil diese auch die Nutznießer der Ergebnisse sein werden. Im anderen Sektor dagegen ist eine von diesen Kriterien unabhängig staatliche Förderung unbedingt notwendig. Denn zum staatlichen Auftrag der allgemeinen Lebensvorsorge über das Privatinteresse und die Privatinitiative hinaus gehört es, vorhandenes Grundlagenwissen sicherzustellen und seine Fortentwicklung zu erlauben – ebenso wie die Bereitstellung von Reflexionskapazität, die in der Lage ist, nicht nur kulturelle und religiöse Bildung und Verständigung zu befördern und Bedingungen für interkulturelle Kommunikation zu bereitzustellen, sondern auch selbstreflexives Vermögen zu stärken, das die jeweils aktuelle Wahl der Leitgesichtspunkte der Lebens- und Gesellschaftsorientierung zu verstehen, zu kritisieren und zu weiterzuentwickeln erlaubt (also auch die gegenwärtige Fixierung auf Lebenswissenschaften angesichts des unvermeidlichen Todes kritisch zu begreifen). Hier bleibt eine staatliche Rahmenplanung, die dafür sorgt, daß Wissensbestände und Reflexionsperspektiven nicht aus kurzfristigen finanziellen Gründen verloren gehen, notwendig. Ein Land, in dem Philosophie, klassische Philologie und Theologie auf der Liste zu streichender Fächer stehen, würde nicht nur auf die kulturellen und religiösen Traditionen seiner Herkunft verzichten, sondern auch seine eigene Zukunft im globalen Wettbewerb der Weltanschauungen jenseits des Marktgeschehens verloren geben – eine schon nach marktwirtschaftlicher Logik selbst irrationale Haltung, die aber in unserem Lande besonders verbreitet zu sein scheint.
Diese internen Differenzen können grundsätzlich sowohl in Elite- als auch in Regio-

nal-Universitäten vorkommen; auf der Ebene der Fachhochschulen wäre ein Grund-Bildungsbereich für Traditions- und Selbstreflexionsfragen sehr wichtig. Dabei können sich Universitäten durchaus auch darin profilieren, in welcher Weise sie Schwerpunkte in der Grundlagenforschung und den Geisteswissenschaften vornehmen und wie sie fächerübergreifende Verbindungen herstellen.

Diese Differenzierungen vorzunehmen, löst die Widersprüche im System der Universitäten nicht auf. Es ist aber ein erster Schritt, sie ernst zu nehmen und nicht der Illusion zu verfallen, man könne das herkömmliche einheitliche System als solches und als ganzes nach Maßgaben reformieren, die nicht zur Sache gehören und die zweifellos ihren Erfolg verfehlen werden.